

WIRTSCHAFT

Steuer für Superreiche: Idee von US-Investor Warren Buffett findet Unterstützung. SEITE 18

INLAND

Ein Massnahmepaket soll Gewalt im Sport in der Schweiz künftig eindämmen. SEITE 21

AUSLAND

Bomben und Raketen: Anschläge in Israel lösen eine neue Gewaltwelle aus. SEITE 23

SPORT

Die Young Boys haben drei wegweisende und heisse Heimspiele vor sich. SEITE 26

SPORT

Judith Wyder holt in Frankreich an der OL-WM unerwartet Bronze. SEITE 28

People

Schauspieler **Daniel Craig** will nichts Privates von sich preisgeben. «Weil ich sonst durchdrehe», begründet dies der 43-Jährige in einem Interview mit dem Magazin «In Style». «Ich arbeite über 300 Tage im Jahr, um dem Publikum mein Bestes zu bieten. Das muss reichen, sonst bleibt mir keine Luft zum Atmen.» Craig heiratete im Juni überraschend und unter Ausschluss der Öffentlichkeit die 41-jährige US-Schauspielerin **Rachel Weisz**. Wegen der Popularität der Bond-Filme könne er sich in keiner grossen Stadt ohne Bodyguards frei bewegen, sagt der Brite weiter. (sda)



Daniel Craig

Die niederländische **Königin Beatrix** hat sich am rechten Auge operieren lassen. Bei dem ambulanten Eingriff wurde die grauer Star genannte, oft altersbedingte Trübung der Augenlinse behoben. «Es geht der Königin gut», sagte ein Regierungssprecher in Den Haag gestern. Die 73-jährige Monarchin habe das Spital bereits kurz nach der Operation am Donnerstag wieder verlassen. (sda)

Er bezeichnet sich selbst als «Hofnarr mit Galgenhumor», doch bei Themen wie Umweltschutz oder Atomkraft versteht **Peach Weber** keinen Spass. «In mir brodelt längst eine endlose Wut über Atomkraftwerke und die Menschen, die sie rechtfertigen», sagt der Komiker. Nun zähle er auf die Frauen im Bundesrat, sagt der 58-jährige Aargauer der Zeitschrift «Schweizer Familie». «Dank ihnen entschied sich die Politik für den schrittweisen Atomausstieg», so Weber. (sda)



Peach Weber

Der Streit zwischen den früheren Oasis-Stars **Noel** und **Liam Gallagher** eskaliert: Der 38-jährige Liam fordert von seinem sechs Jahre älteren Bruder Noel nun gerichtlich eine Entschuldigung. Dies meldet das britische Boulevardblatt «The Sun». Noel hatte behauptet, ein Oasis-Konzert im Jahr 2009 habe abgesagt werden müssen, weil Liam verkatert gewesen sei. Dieser sieht darin eine «Verunglimpfung». Die Brüder aus Manchester streiten seit Jahren, was 2009 zur Auflösung der Britpop-Band führte. (sda)

TAGESTHEMA: WÄHRUNGSKRISE

Hummler: «Diese Krise ist der Triumph des Marktes»

Für Konrad Hummler, Chef und Mitinhaber der Privatbank Wegelin & Co, ist die Währungskrise Ausdruck eines Staatsversagens. Er ist skeptisch, dass der Euro überleben wird. Und er mahnt die Nationalbank, ja keine Fehler zu machen.

Mit Konrad Hummler sprach David Sieber

Herr Hummler, was ist bloss mit den Währungen los?

Konrad Hummler: Es handelt sich klar um eine Verzerrung: Der Wert des Schweizer Frankens hat in den letzten Monaten um 40 Prozent zugenommen. Das ist dramatisch schnell und dramatisch viel. Die Gründe dafür liegen nicht primär in der Schweiz. Sie finden sich in den beiden Währungszonen Euro und Dollar. Dort ist die Überschuldung ein grosses Problem geworden – und die Massnahmen dagegen sind hilflos.

Wird die Schweiz zum Opfer des eigenen Erfolgs, das am starken Franken erstickt?

Es ist nicht so, dass wir über alle Zweifel erhaben sind. Wir haben in der Schweiz auch unsere strukturellen Probleme. Aber in einer solchen Krise ist der Einäugige König unter den Blinden.

Wie ist es möglich, dass die USA – noch immer die Weltmacht Nummer 1 – ihre Kreditwürdigkeit verlieren?

Die Verschuldung der USA ist ja schon länger bekannt. Und sie ist seit der Krise 2008 sehr stark angestiegen. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat mit dem Entzug des Triple-A-Status eigentlich nur Tatsachen festgestellt. Die USA als eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte wären aber in der Lage, die Sanierung noch rechtzeitig an die Hand zu nehmen ...

... wenn sich die Politik nicht selbst blockieren würde ...

... und wenn die Massnahmen wirklich zielführend wären. Ohne Schmerzen kann man diese Überschuldungssituation nicht in den Griff bekommen. Jemand muss dafür bezahlen. Damit tut sich die Politik natürlich schwer. Die Politik ist vor allem gut im Verteilen von Geschenken – was auch der Grund ist, weshalb es überhaupt zu Überschuldungen kommt.

Wer soll bezahlen? Die Reichen? Milliardär Warren Buffet schämt sich ja, dass er so wenig Steuern bezahlen muss. Oder soll es die Armen treffen?

Mich dünkt die Aussage von Warren Buffet etwas oberflächlich, um es nett auszudrücken. In den USA wie auch



«Staatsversagen»: Laut Konrad Hummler ist nicht der freie Markt schuld an der Krise.

Bild Yanik Bürkli

in den andern westlichen Industriestaaten stellt sich die Frage nach den Aufgaben, die ein Staat erfüllen soll. Da könnte man einiges anders regeln.

Konkret und auf die Schweiz bezogen: Welche Aufgaben meinen Sie?

Solche, die durch Private mindestens so gut oder besser wahrgenommen werden können. Ich denke da ans Gesundheits- und Erziehungswesen.

«Der Einäugige ist König unter den Blinden»

Und der öffentliche Verkehr?

Da bin ich im Gegensatz zu andern Liberalen eher der Ansicht, dass dieser Staatsaufgabe bleiben soll, weil es da auch um den nationalen Zusammenhalt geht.

Aber das allein bringt die Staatsbilanzen auch nicht wieder ins Lot.

Wir müssen einen Schritt zurücktreten und uns fragen, welches eigentlich das Hauptproblem der westlichen Gesellschaften ist. Es ist die demografische Entwicklung. Es fehlt an jungen, arbeitswilligen unternehmerischen Kräften. Eigentlich kann man sagen,

dass die gegenwärtige Krise diesen Umstand wahrnehmbar macht. Es zeigt sich, dass wir nicht in der Lage sind, die Hauptherausforderung zu meistern. Stattdessen macht die Politik Versprechungen, die nicht zu finanzieren sind.

Die gegenwärtige Krise lässt selbst hartgesottene Rechtsliberale zweifeln. Sie fragen sich, ob die Linke nicht doch recht hat. Frisst der freie Markt seine Kinder?

Das ist absolut absurd. Keine der Verzerrungen ist marktbedingt. Der ganze Schlamassel ist auf Staatsversagen zurückzuführen. Angefangen bei der Finanz- und Immobilienkrise in den USA. Dort haben halbstaatliche Agenturen, Fannie Mae und Freddy Mac, die Blase erst entstehen lassen, die von der US-Notenbank mit einer verfehlten Geldpolitik noch vergrössert wurde. Auch die Schuldenprobleme in Europa sind zur Hauptsache den Staaten anzulasten. Von Griechenland über Portugal bis zu Italien. Von Marktversagen kann keine Rede sein. Im Gegenteil, es sind die Märkte, die eine Korrektur erzwingen. Keine Regierung und keine EU-Kommission hatte zuvor irgendetwas erreicht. Erst jetzt, wo die Märkte nicht mehr gewillt sind, Geld zu investieren, bequemt man sich zu Reformen. Kurz: Diese Krise ist der Triumph des Marktes.

Jetzt tragen Sie etwas dick auf.

Oh nein. Der Markt setzt die richtigen Preise für das, was nichts wert ist. Nämlich die staatlichen Schulden.

Mit der Folge, dass die Schweiz unter dem starken Franken leidet.

Das ist die Nebenwirkung einer Neubewertung der Welt. Staatsschuldner werden endlich zu dem Preis bewertet, den sie wert sind. Und es zeigt sich: Die Welt ist viel weniger schön, als man immer sagte. Es war Lug und Trug, was in Bezug auf die risikolosen Schuldner – also Staaten – vorgespielt worden ist.

«Die Welt ist viel weniger schön»

Wie kann die Krise bewältigt werden?

Es braucht eine Sanierung der Staatsfinanzen. Und zwar so, dass Schuldner und Gläubiger ihren Beitrag dazu leisten. Die Gläubiger wurden in der Bankenkrise wie auch in der jetzigen Staatsschuldenkrise in höchstem Mass geschützt. Solange wir von dieser Politik nicht abrücken, wird es kein neues Gleichgewicht im Finanzsystem geben.

FORTSETZUNG AUF SEITE 18

Bei Swissmetal ist es fünf vor zwölf

Beim Buntmetallverarbeiter Swissmetal rückt die befürchtete Massenentlassung näher: Wird übers Wochenende nicht noch in letzter Minute eine Lösung gefunden, verschickt das Unternehmen am Montag 268 Kündigungsbriefe.

Dornach. – Swissmetal-Verwaltungsratspräsident Martin Hellweg setzte seine Hoffnungen gestern in Basel an einer kurzfristig einberufenen Medienkonferenz auf die Sozialpartner: Die Gewerkschaften, das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und die Kantone Bern und Solothurn könnten möglicherweise Hand bieten für eine Überbrückung der finanziellen Notlage, sagte Hellweg aufgrund von Verhandlungen. Die Sozialpartner sind bei der massiv überschuldeten Swissmetal schon für die Juli-Löhne eingespungen. Auch die Saläre für den laufenden Monat könne Swissmetal nicht mehr selbst bezahlen, sagte Hellweg. Die monatliche Lohnsumme bezifferte er auf drei Millionen Franken. Eine allfällige Zwischenfinanzierung wäre durch die Aktiva des Unternehmens «sehr stark gesichert».

Rettungschancen unter 50 Prozent

Die Chance für eine Rettung des Werks Dornach bezifferte Hellweg auf unter 50 Prozent. Es gebe jedoch einige grundsätzliche Interessenbekundungen für die Übernahme von Teilen des Werks. Diese sollen in einem geordneten Prozess geprüft werden. Laut Hellweg gibt es auch ein Szenario, das zumindest den Erhalt von rund 100 Arbeitsplätzen vorsieht. Hergestellt werden sollten in Dornach in diesem Fall besonders rentable Produkte. Weiterhin im Gespräch ist man laut dem Verwaltungsratspräsidenten auch mit dem französischen Buntmetallhersteller Le Bronze, dessen erste Übernahmeofferte Swissmetal abgelehnt hatte.

Neben dem Stellenabbau gab Swissmetal gestern auch das Ergebnis für das erste Halbjahr bekannt. Dieses schliesst mit einem Verlust von 76,6 Millionen Franken. Vor Jahresfrist hatte das Minus noch 9,6 Millionen betragen. Per Ende 2010 hatte das Unternehmen den dritten Jahresverlust in Folge verzeichnet. (sda)

Superreiche wollen sich freiwillig selber besteuern

Eine Steuer für Superreiche? Der Vorschlag des amerikanischen Star-Investors Warren Buffett wird auch diesseits des Atlantiks diskutiert. Und findet Unterstützung, etwa in Frankreich.

Von Sylvie Stephan

Paris. – Inmitten der aktuellen Diskussion um Schuldenabbau und neue Sparleistungen bahnt sich ein spektakulärer Vorschlag seinen Weg: der des US-Milliardärs Warren Buffett nach einer Steuer für Spitzenverdiener. In einem Beitrag für die «New York Times» hatte der 80-Jährige, der auf Rang 3 der vermögendsten Menschen der Welt rangiert, geschrieben, die Superreichen würden schon zu lange geschont. Was in den USA unmittelbar eine breite Debatte auslöste, trifft nun zunehmend auch diesseits des Atlantiks auf fruchtbaren Boden. Etwa in Frankreich.

«Wir wollen mehr Steuern zahlen!», sagen dort die ersten Mehrfachmillionäre: Der Chef der Werbefirma Publicis etwa, Maurice Lévy, dessen Vermögen auf 180 Millionen Euro geschätzt wird, Pierre Bergé, langjähriger Lebenspartner des Modemachers Yves Saint-Laurent und Mitbegründer des gleichnamigen Haute-Couture-Hauses, der immerhin auf 120 Millionen Euro kommen dürfte, und der Präsident von Virgin Mobile, Geoffrey Roux de Bézieux, der nach eigenen Angaben 300 000 Euro im Jahr verdient. Sie alle sind bereit, etwas mehr von ihrem Reichtum abzugeben und plädieren für höhere Steuern für sich selbst und ihresgleichen.

Mit Pflichten verbunden

Lévy stiess dabei in dasselbe Horn wie Buffett und schrieb in einem Meinungsartikel in der Zeitung «Le Monde», «im Namen der Solidarität» sollten die Wohlhabenden einen einmaligen Beitrag zur Aufbesserung der



Dem Gemeinwohl verpflichtet: Warren Buffett würde gerne mehr Steuern zahlen, wenn er nur dürfte.

Bild Keystone

klammen französischen Finanzen leisten. Bergé wiederum befürwortet einen höheren Steuersatz für «Mega-Reiche», während de Bézieux im «Parisien» erklärte: «Reich sein bringt auch Pflichten mit sich, wie etwas zum Gemeinwohl beizutragen, vor allem in Krisenzeiten wie diesen.»

Die Regierung hört es gerne

Frankreichs konservative Regierung, die die Vermögenden bisher eher verschont hat, vernimmt die Botschaft zwar überrascht, aber offenbar wohlwollend. Angesichts der Wirtschaftslage im Land sucht sie derzeit ohnehin verzweifelt nach zusätzlichen Mil-

liardeneinnahmen, um das horrende Defizit – wie zugesagt – bis 2013 auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren. Budgetministerin Valéry Pécresse räumte jetzt jedenfalls im Radio ein, die Regierung arbeite tatsächlich an Massnahmen, mehr Steuergelder bei besonders wohlhabenden Franzosen einzutreiben. Im Gespräch ist Medienangaben zufolge offenbar ein Beitrag von ein bis zwei Prozent auf Jahreseinkünfte von über eine Million Euro. Davon wären etwa 30 000 Haushalte betroffen.

Diese Oberschicht steigerte nach Berechnungen des Wirtschaftsexper-

ten Camille Landais ihr Vermögen zwischen 1998 und 2005 um 42,6 Prozent, während die Einkünfte von 90 Prozent der am wenigsten bemittelten Franzosen um lediglich 4,6 Prozent zunahm. Aufgrund der zahlreichen Steuerschlupflöcher des französischen Systems zahlt jeder zweite Franzose der unteren Einkommensklasse rund 45 Prozent Steuern und Abgaben, während die Reichsten lediglich mit 30 bis 35 Prozent zur Kasse gebeten werden. Auch dies soll sich nun ändern, die Regierung hat jedenfalls angekündigt, bei den Steuer-nischen, die den Staat etwa 75 Milliarden Euro kosten, Hand anzulegen.

«Diese Krise ist der Triumph des Marktes»

FORTSETZUNG VON SEITE 17

Warum macht man es nicht längst so?

Weil man Angst vor dem Dominoeffekt hat. Deshalb ist die Hilfe für Griechenland ja auch nichts weiter als Hilfe für die Gläubiger. Man befürchtet, dass der Ausfall des Schuldners Griechenland in eine neue Bankenkrise münden könnte. Das zeigt, wie marode das System ist. Es kann ja nicht sein, dass der Ausfall eines kleinen Landes – Griechenland steuert gerade mal zwei Prozent zum europäischen Bruttoinlandsprodukt bei – gleich das ganze Bankensystem gefährdet. Es führt kein Weg daran vorbei: Die Staaten müssen ihr Verschuldungsproblem lösen und das Banksystem sanieren.

Überlebt der Euro diese Übung?

Ich bin skeptisch. Die Differenzen in Sachen Wettbewerbsfähigkeit sind in diesem Währungsraum einfach zu gross. Und der Ausgleich dieser realen Differenzen innerhalb eines Währungsraums ist sehr schwierig. Und wenn er finanziell noch funktionieren würde, wäre es immer noch fraglich, ob er politisch durchsetzbar wäre. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die wettbewerbsfähigeren Länder die schwächeren Staaten dauerhaft mit Transferzahlungen unterstützen.

Ist der Euro ein Klumpenrisiko?

Klumpenrisiko ist das richtige Wort. Eine solche Krise wäre früher nicht denkbar gewesen. Es hätte mal eine Lira-, mal eine Pesetenkrise gegeben. Aber diese hätten nie fast einen ganzen Kontinent gefährdet und den Franken dermassen nach oben gedrückt. Es wird hart für die Schweiz, obwohl sie hervorragend positioniert ist. Unsere Unternehmen haben die richtigen strategischen Fähigkeiten, um auf Krisen zu reagieren.

«Es dürfen keine Fehler passieren»

Ist die Nationalbank, die sich derzeit damit begnügt, die Geldmenge auszuweiten, auf dem richtigen Weg?

Ich bin erst vor Kurzem aus dem Bankrat ausgetreten und gebe deshalb keine Ratschläge, ausser einem: Es dürfen keine Fehler passieren. Die Lage ist sehr ernst. Jede Aktion muss bis ins letzte Detail durchdacht sein. Es darf nicht der kleinste Zweifel vorhanden sein und keine Angst vor dem eigenen Mut entstehen. In diesen Krieg kann man nur ziehen, wenn



«Ich bin skeptisch»: Konrad Hummler zweifelt an der Überlebensfähigkeit des Euro.

Bild Yanik Bürkli

man vom Sieg überzeugt ist. Und wenn die Nationalbank absolut freie Hand hat.

Und wie beurteilen Sie die Massnahmen des Bundesrates? Reichen zwei Milliarden für die Exportwirtschaft und den Tourismus?

Ich bin grundsätzlich jeder Art von Subvention gegenüber skeptisch. Ich glaube nicht an den Multiplikatoreffekt des Subventionsfrankens.

Die Schweiz und Deutschland haben sich auf ein Steuerabkommen geeinigt. Der wesentliche Teil, die Abgeltungssteuer, war Ihre Idee. Sind Sie zufrieden?

Ja, wenn es nicht bei dieser Einzeltat bleibt. Ich wünsche mir, dass dies nun ein Modell in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung mindestens für Europa wird. Schliesslich sind wir hier zu Hause. Es ist nicht sinnvoll, wenn die Schweiz in einem wichtigen Bereich eine grosse Differenz zu den Nachbarstaaten aufweist.

Ohne Druck von aussen hätten aber auch Sie kaum Handlungsbedarf gesehen. Oder hat Ihnen als Bankier das in der Schweiz gelagerte Schwarzgeld Gewissensbisse verursacht?

Ich bin in dieser Frage geteilter Natur. Als Fundamentalist sage ich: Jeder Franken oder Euro, der dem Staat vorenthalten wird, ist möglicherweise ein Segen für die Menschheit. Als Realist sage ich: Wir sind Teil einer Welt, in der Steuern eine Tatsache sind. Die verschiedenen Steuermodelle und Vorstellungen müssen ausgeglichen werden. In Bezug auf meine Geschäftstätigkeit ist der Realo-Hummler deutlich stärker als der Fundi-Hummler.

Sie sind seit April Verwaltungsratspräsident der NZZ. Zuvor haben Sie sich unter anderem für das rechtsbürgerliche Kampfbild «Trumpf Buur» der Aktion für freie Meinungsbildung engagiert. Ist das ein Omen für die NZZ?

Nein, überhaupt nicht. Ich habe zusammen mit Peter Weigelt Anfang der Neunzigerjahre die Kontrolle des «Trumpf Buur» übernommen, um sicherzustellen, dass dieser für den EWR-Beitritt plädiert. Man tut mir Unrecht, wenn man mich in die rechtsbürgerliche Ecke abschiebt. Ich

wollte sicherstellen, dass der Rechtsfreisinn die gemässigte Europapolitik vertritt. Ohne Rückenschuss des Bundesrates, der im dümmsten Moment das EU-Beitrittsgebet stellte, hätten wir das auch geschafft. Seither ist es schwierig.

Was wollen Sie mit der NZZ?

Die Schweiz braucht die NZZ für die nationale Meinungsbildung, wie es die Regionalzeitungen für die dezentrale Meinungsbildung braucht. Es reicht aber nicht, wenn die NZZ zum Pflichtstoff aller am Wohlergehen der Schweiz interessierten Kreise gehört. Zumindest im deutschsprachigen Europa soll die NZZ Meinungen bilden. Gerade in der Eurokrise hat sich gezeigt, dass wir hier unbelasteter und objektiver berichten können.

In Medienkreisen geistert die These herum, dass Sie zusammen mit Financier Tito Tettamanti und Christoph Blocher an einer rechtsbürgerlichen Unterwanderung der Schweizer Medien arbeiten. Das ist völliger Blödsinn. So etwas widerspricht meinem tiefsten Wesen. Ich habe einen absoluten Drang nach Unabhängigkeit. Ich würde mich nie für Projekte hergeben, die das Gegenteil im Sinn haben. Deshalb sehe ich es auch als meine wichtigste Aufgabe als Verwaltungsratspräsident an, die Unabhängigkeit der NZZ zu gewährleisten.

Das ist völliger Blödsinn. So etwas widerspricht meinem tiefsten Wesen. Ich habe einen absoluten Drang nach Unabhängigkeit. Ich würde mich nie für Projekte hergeben, die das Gegenteil im Sinn haben. Deshalb sehe ich es auch als meine wichtigste Aufgabe als Verwaltungsratspräsident an, die Unabhängigkeit der NZZ zu gewährleisten.

Braucht es staatliche Fördermassnahmen, um die Unabhängigkeit der Medien zu gewährleisten?

Das wäre der Anfang vom Ende.